

Zu Frage 1. Die zuständige untere Naturschutzbehörde beim Landkreis Harz hält das Vorhaben Baumwipfelpfad für vereinbar mit dem Status des Landschaftsschutzgebietes, in dem das Vorhaben verortet ist. Das europäische Vogelschutzgebiet nordöstlicher Unterharz sowie das im Naturschutzgebiet Bodetal gelegene FFH-Gebiet, sogenannte Natura-2000-Gebiete, grenzen an das Vorhaben an. Der geplante Baumwipfelpfad selbst liegt aber außerhalb der Natura-2000-Gebiete.

Für den Baumwipfelpfad wurde von der Stadt Thale ein Bebauungsplan aufgestellt. Im Rahmen der Aufstellung war nach dem Baugesetzbuch auch eine Umweltprüfung durchzuführen, die unter anderem die Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege und von Natura 2000 zu bewerten hat. Das Ergebnis der Umweltprüfung war durch die Stadt Thale in der Abwägung zu berücksichtigen.

Zu Frage 2. Ob der Baumwipfelpfad das Landschaftsbild beeinträchtigt und diese Beeinträchtigung die Erheblichkeitsschwelle überschreitet, ist von der örtlich zuständigen unteren Naturschutzbehörde zu beurteilen, die zugleich auch die Entscheidung über die Befreiung von den Bauverboten im Landschaftsschutzgebiet zu treffen hat.

Präsident Herr Gürth:

Ich sehe zwei Nachfragen. Zunächst der Abgeordnete Herr Steppuhn und dann der Abgeordnete Herr Bergmann.

Herr Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Minister Aeikens, sind Ihre Antworten auf meine Fragen und auf die Fragen von Frau Hampel so zu verstehen, dass Sie dieses Projekt grundsätzlich unterstützen und auch für eine Realisierung werben würden?

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Ich möchte meine Antwort so verstanden wissen, dass wir den Wünschen, Voten und Entscheidungen der lokal gewählten Entscheidungsträger eine hohe Bedeutung beimessen. Falls alle Voraussetzungen erfüllt sein sollten, sind wir bereit, in Verhandlungen einzutreten. Ob es dann zu erfolgreichen Abschlüssen der Verhandlungen kommt, kann ich nicht prognostizieren.

Präsident Herr Gürth:

Abgeordneter Herr Bergmann.

Herr Bergmann (SPD):

Herr Minister, Sie haben darauf hingewiesen, dass ein Bebauungsplan aufgestellt und eine Umweltprüfung durchgeführt worden ist. Sie haben auf die

nahe liegenden Vogelschutz- und FFH-Gebiete hingewiesen. Kann ich Ihren Worten entnehmen, dass dann innerhalb der Umweltprüfung eine vollumfängliche FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist und die untere Naturschutzbehörde zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine Beeinträchtigung der angrenzenden Gebiete durch den Baumwipfelpfad nicht vorliegt?

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Das muss man wohl daraus schließen. Ich kenne die Prüfung, die dort stattgefunden hat, nicht im Detail. Ich kenne das Ergebnis, das ich hier referiert habe.

Präsident Herr Gürth:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht.

Ich rufe **Frage 12** auf, die von der Abgeordneten Frau Dr. Katja Pähle gestellt wird. Es geht um **Service Learning an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Service-Learning - englisch für Lernen durch Engagement oder kurz LdE - ist eine Unterrichtsmethode, die gesellschaftliches Engagement von Schülerinnen und Schülern mit fachlichem Lernen im Unterricht verbinden soll. Diese Methode hat sich an den Schulen in Sachsen-Anhalt etabliert.

Zur Weiterentwicklung des Programms hat die Landesregierung das Service Learning auch als einen Schwerpunkt im operationellen Programm des ESF in der EU-Strukturfondsperiode 2014 bis 2020 verankert. Der Ansatz von Service Learning kann auch die Lehre an Universitäten bereichern, was auch bereits an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg praktiziert wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die bisherigen Erfolge und die aktuellen Projektideen und -ansätze für 2015 des Projekts Service Learning an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein?
2. Unter der Maßgabe der zur Verfügung stehenden ESF Mittel für die aktuellen EU-Strukturfondsperiode: Welche konkreten Vorstellungen hat die Landesregierung, das Service Learning auch auf andere Hochschulen im Land zu erweitern?

Präsident Herr Gürth:

Für die Landesregierung antwortet Minister Herr Möllring.